de sett blatt für die Freie Stadt Danzig

Mr. 25	Ausgegeben Danzig, den 13. April 19	38
	Angate Durcht ber Parart bung pur Durchführung und Grannzung bes Gefetes	219 219

teren Berwaltungsbehörde zu stellen, ing nund vors Briragieller seinen Bohnlig ober be20 betr. Anderung ber Berordnung jur Durchführung und Ergangung bes Gefeges gur Forberung netchin us notwood bes Wohnungsbaues. Alle 196 iff of Andfnefull iban fiffnda 83 (2) Bemitragen mehrere Angehörla .8001 livall 2. Moil 2. April 1938. piraberung. so fann ber Ang

Gemäß § 13 des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues vom 8. April 1936 (G.Bl. e auch nur eines Antrages sulfändig ist S. 165) in der zur Zeit geltenden Fassung und auf Grund des § 1 Ziffer 68 und des § 2 des Gesehes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.Bl. S. 273) und des die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358 a) wird folgendes verordnet:

Artifel I

Hinter § 5 der Berordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues vom 23. September 1936 (G.BI. S. 372) wird folgender neuer § 5 a eingefügt: filbren berechtigt ift, fo tann ber Senat biefen 9k-311811, auf Antrag eines Beteiligten ober von Amts

Die Steuervergünstigungen des § 6 des Gesetzes vom 8. April 1936 (G.Bl. S. 165) treten frühestens ein für das Rechnungs=(Ralender-)jahr, in dem die bezugsfertige Herstellung erfolgt, und gelten in diesem nur für den Beitraum, in dem der Bersteller des Gebäudes auch Eigentümer des Grund und Bodens oder daran nutungsberechtigt war (Erbbaurecht, langjähriger Pachtvertrag)." trag ober von Amts wegen aussehen und Milotitrikeller zur Berbeiführung einer Entscheidung

Diese Berordnung tritt rückwirkend mit dem 22. April 1936 in Kraft.

Danzig, den 2. April 1938. And annale and eine mandleren einere ein einer eine eine

Der Senat der Freien Stadt Danzig

F.Fz. S. 6790 Suth Dr. Hoppenrath

Rechtsverordnung über die Anderung von Familiennamen und Bornamen.

derud smundrenR steid tanes sed man Bom 8. April 1938. jednösg empaneilimost nie driale (c Auf Grund des § 1 Ziffer 10 sowie des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.BI. S. 273) und des die Geltungsdauer dieses Gesehes verlängernden Gesethes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetheaft verordnet:

Der Familienname eines Danziger Staatsangehörigen oder eines Staatenlosen, der seinen Wohnsit oder gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiete der Freien Stadt Danzig hat, kann auf Antrag geändert orts ber Perion, deren Rame nedubert ift ober 2 & werden.

(1) Für eine beschränkt geschäftsfähige oder geschäftsunfähige Person stellt der gesetzliche Vertreter den Antrag; ein Vormund oder Pfleger bedarf hierzu der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

(2) Hat der beschränkt Geschäftsfähige das 16. Lebensiahr vollendet, so hat ihn das Bormundsschaftsgericht über den Antrag zu hören.

§ 3

- (1) Ein Familienname darf nur geändert werden, wenn ein wichtiger Grund die Anderung recht= fertig.
- (2) Die für die Entscheidung erheblichen Umstände sind von Amts wegen festzustellen; dabei sollen insbesondere außer den unmittelbar Beteiligten die zuständige Ortspolizeibehörde und solche Personen gehört werden, deren Rechte durch die Namensänderung berührt werden.

line 12 61 may 184 management

Die Anderung des Familiennamens erstreckt sich, soweit nicht bei der Entscheidung etwas anderes bestimmt wird, auf die unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder der Person, deren Name geändert wird, und wenn diese eine Frau ist, auf ihre unehelichen minderjährigen Kinder.

\$ 5

- (1) Der Antrag auf Anderung eines Familiennamens ist schriftlich oder zu Protokoll bei der unteren Verwaltungsbehörde zu stellen, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder beim Fehlen eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. Sat er im Gebiet der Freien Stadt Danzig weder Wohnsitz noch Aufenthalt, so ist der Antrag an den Polizeipräsidenten zu richten.
- (2) Beantragen mehrere Angehörige einer Familie dieselbe Namensänderung, so kann der Anstrag bei jeder Behörde gestellt werden, die zur Entgegennahme auch nur eines Antrages zuständig ist.
- (3) Untere Berwaltungsbehörde ist in den Stadtfreisen der Polizeipräsident, in den Landfreisen der Landrat.

\$ 6

Bur Anderung eines Familiennamens ist der Senat zuständig.

\$ 7

- (1) Ist zweifelhaft, welchen Familiennamen ein Danziger Staatsangehöriger ober ein Staatenloser, der seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet der Freien Stadt Danzig hat, zu führen berechtigt ist, so kann der Senat diesen Namen auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen mit allgemein verbindlicher Wirkung feststellen. Die Vorschriften der § 2, § 3 Abs. 2, §§ 4 und 5 finden entsprechende Anwendung.
- (2) Ist in einem auf Antrag eines Beteiligten eingeleiteten Verfahren die Entscheidung von der Beurteilung einer familienrechtlichen Vorfrage abhängig, so kann der Senat das Verfahren auf Antrag oder von Amts wegen aussehen und den Antragsteller zur Herbeiführung einer Entscheidung über diese Vorfrage auf den Rechtsweg verweisen.
- (3) Hat ein gerichtliches Verfahren das Recht zur Führung eines Namens zum Gegenstand, so ist es auf Verlangen des Senats auszusehen, bis der Name nach Abs. 1 festgestellt ist.

\$ 8

- (1) Der Senat kann den Antrag auf Anderung oder Feststellung des Familiennamens unter Bestimmung einer Frist zur Geltendmachung von Einwendungen in einer von ihm zu bestimmenden Tageszeitung auf Kosten des Antragstellers veröffentlichen, soweit es zur Verhütung der Beeinträchstigung von Rechten anderer Personen erforderlich erscheint.
- (2) Wird ein Familienname geändert oder festgestellt, so kann der Senat diese Anordnung durch einmaliges Einrücken in eine von ihm zu bestimmende Tageszeitung auf Kosten des Betroffenen bekanntsmachen, wenn es im Einzelfall zweckmäßig erscheint.

8 0

Die untere Berwaltungsbehörde veranlaßt die Eintragung eines Randvermerks über die Namensänderung oder die Namensfeststellung im Geburtsregister und im Heiratsregister. Sie benachrichtigt die zuständige Strafregisterbehörde und die Ortspolizeibehörde des Wohnsiges oder Aufenthaltsorts der Person, deren Name geändert ist oder deren Name festgestellt ist.

(1) Für eine beschränft geschäftssächese nur 01 genfermfähige Person liest der gesehliche

Die §§ 1355, 1577, 1706, 1719, 1736, 1758 und 1772 des Bürgerlichen Gesethuchs sowie die Borschriften des Erbhofrechts über das Namensrecht, insbesondere § 27 der Erbhosverordnung vom 15. Mai 1937 (G.Bl. S. 359), bleiben unberührt. \$ 11

Die §§ 1 bis 3, § 5 und § 9 finden auf die Anderung von Vornamen mit der Maßgabe Answendung, daß die Entscheidung der unteren Verwaltungsbehörde zusteht; die Beschwerde geht an den Senat.

§ 12

Der Senat kann Vorschriften über die Führung von Vornamen erlassen und von Amts wegen die Anderung von Vornamen, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, veranlassen.

§ 13

- (1) Die Gebühr für die Anderung oder Feststellung eines Familiennamens beträgt 5 bis 2000,— Gulden, die Gebühr für die Anderung eines Bornamens 5 bis 500,— Gulden. Wird der Antrag abgelehnt oder zurückgenommen, so wird ½ dieser Gebühr erhoben. Bon der Erhebung der Gespelchnt abgesehen werden, wenn es nach Lage des Einzelfalls billig erscheint, insbesondere wenn der Antragsteller mittellos ist.
- (2) Zur Zahlung der Gebühr ist der Antragsteller verpflichtet, neben ihm auch derjenige, zu dessen Gunsten der Antrag gestellt ist.

§ 14

Der Senat erläßt die zur Durchführung und Ergänzung dieser Rechtsverordnung erforderlichen Borschriften.

§ 15

Diese Rechtsverordnung tritt mit dem 15. April 1938 in Kraft.

Danzig, den 8. April 1938.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Dr. Wiers=Reiser Rettelsky

A III. 3599

11 8

Die 8g 1 bis 3, 8 5 und 8, 9 finden auf die Anderung von Bornansen mit der Mahgadie Aligmendung, daß die Enffasidentig der tinteren Perwaltungsbehärde zusteht; die Belchwerde geht an den Seneter werten der Geschaft der Geber der Germaltungsbehärde gufteht; die Belchwerde geht an den

12

Der Senat tann Borchöriften über die Führung von Bornamen erlaifen und von Anis wegen die Anderung don Bornamen, die Diesen Borchöriften nicht entsprechen, verantalien.

8 13

(1) Die Gebühr für die Anderung oder Feststellung eines Familiennamens beträgt 5 dis 2000,—Gulden, die Gebühr für die Andermig eines Bornamens 5 die 800,—Gulden, Alico der Antrag abgelehnt oder zurückenommen, so wird hat die er dieser Gebühr erhoden. Bon der Ersedung der Ciedung des bühr tann abgelehen werden, wenn es nach Loge des Emzehalls bislig erscheint, insbesondere wenn der Antragsteller mittellos ist.

...(2). Jur Zahlung der Gebühr ist der Antragseller verpflichtet, neben ihm auch dersenige u dessen Gunsten der Antrag gestellt ist.

In Mahlet her Oreien Clinkt Dennis m

Der Senat erläht diedzur Durchführung und Ergännung diefer. Rechtsverordnung erforderlichen Borichriften.

Diete Redisperordnung britt mit bem 15. Abril 1938 in Rraft.

Dansig, ben 8, April 1938.

Det Senat det Freien Stadt Danzig

A III. 35°

The last Liches Reason was Uniting clief Deteiligates over our Amis of Reason delivation. The Rockhillien der V.R., & 3 Mbj. 2, §§ 4 and

e rense ndreitzig, de einen der Senat dus Verlatzen unt Arde des tröftracheiter nur Gerbeichtrung einer Entlicksbung sonbeites

es, so kom son Auf I körürüt ük

erste ebet Perifeikung des Kontlikenomeilt unter Redespesausien in einer von finn zu bestimmenden und Index, Jonate er zur Berbütung der Verinteng-

de leift so tann ver Cenat diese Anaronnug durch Legenseltung aus Rollen des Getralieren befannt-

the second of the Constitute o